

Einmal wöch. Bezugspreis für April 3 M. einschließlich Postgebühren. Anzeigenpreise: Die Isp. Zeitschrift 20 J., Die Zeitschrift 10 J., Die Zeitschrift 5 J., Die Zeitschrift 2 J., Die Zeitschrift 1 J., Die Zeitschrift 6 M., Die Zeitschrift 3 M., Die Zeitschrift 1 M., Die Zeitschrift 6 W., Die Zeitschrift 3 W., Die Zeitschrift 1 W.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Angelegenheiten u. Leistung v. Schadenersatz für unentl. u. d. Fernaufgabe. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht vergebene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Hauptdruckerei: Dr. Joseph Albers, Dresden.

Polymoden  
Umarbeitung  
Reparatur  
Ausbesserung  
**A. Vonier**  
Dresden  
Strehlener Str. 8  
Ruf 48477

# Sächsische Volkszeitung



Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden - Altstadt 1, Poststraße 17, Fernruf 2071  
und 2102.

Anfertigung eleganter  
Herrn- und Damengarderobe

**Karl Schütze, Schneidermeister**  
Dresden - A., Schloßstraße 17, I. Ruf 17157

Autokleidung - Sport - Livree  
sowie Umarbeitungen

## Zurück nach Rapallo

Unter den Fabeln des klassischen Altertums findet sich die sinnige Geschichte vom König Midas, dem sich alles, was er berührt, in Gold verwandelt. Der Außenminister des Deutschen Reiches, Dr. Gustav Stresemann, dem Glück und Geschick von keiner Seite abgesprochen wird, besitzt eine ähnliche merkwürdige Eigenschaft: Alles, was er in die Hände nimmt, erhält nationalen Charakter. So bekam unter seiner Reichskanzlerschaft jene Außenpolitik, die man wenige Monate vorher als „Erfüllungspolitik“ gebrandmarkt hatte, das Prädikat „nationale Realpolitik“. Vor wenigen Tagen ist in Berlin ein Vertrag mit Rußland geschlossen worden, der schon der Form nach eine Ergänzung des Vertrages von Rapallo bildet. Und nun gilt, was man gestern noch als ein Faktum mit den bolschewistischen Umstürzlern bezeichnet hätte, als ein erfreuliches Zeichen für die Wiedererlangung der nationalen Bewegungsfreiheit.

Was ist der Inhalt der Vereinbarungen, die am vergangenen Sonnabend von Dr. Stresemann und dem russischen Vorkaufmann Kresinski unterzeichnet worden sind? Der Wortlaut liegt heute vor. (Den Text des Vertrages bringen wir auf Seite 3.) Deutschland und Rußland versichern, daß sie in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen miteinander Rührung halten werden, um eine Verständigung jeweils zu ermöglichen. Für den Fall, daß eine der Mächte in einen bewaffneten Konflikt verwickelt wird, sichern sie sich Neutralität zu. An einem Vorkauf auf wirtschaftlichem oder finanzzieltem Gebiete, den etwa andere Staaten gegen einen der Vertragsschließenden unternehmen sollten, wird sich die andere vertragsschließende Macht nicht beteiligen. Die Mächte werden baldmöglichst einen Schiedsvertrag schließen, in dem die Beilegung etwaiger Konflikte zwischen ihnen geregelt wird.

Dieser „Berliner Vertrag“ bildet also eine Art Kommentar zu dem Verträge von Rapallo, den Wirth und Rathenau 1922 auf der Konferenz von Genua mit den russischen Delegierten, die unter der Führung Tschitscherins standen, geschlossen haben. Der Berliner Vertrag hat gestern im Auswärtigen Ausschuss die einhellige Billigung aller Parteien gefunden; die Westmächte haben ihn zwar mit fauren Mienen, aber doch ruhig hingenommen. Bei dem Verträge von Rapallo war das keineswegs der Fall. Der damalige britische Außenminister war weit entfernt davon, nur „mit Vergnügen“ die deutsch-russische Annäherung zu sehen. Und im Innern entrüstete man sich über die deutschen Delegierten, die auf so tölpelhafte Weise die Konferenz von Genua in Verwirrung gebracht hätten. Damals mußte die deutsche und außerdeutsche Öffentlichkeit erst mit der Möglichkeit einer Annäherung zwischen dem neuen Rußland und dem neuen Deutschland vertraut gemacht werden. Heute wird selbst von Blättern der Rechten zugegeben, daß der Vertrag von Rapallo ein „Schachzug von großer Kühnheit“ war, aber ein Schachzug, der zum Erfolg geführt hat. Genua und Rapallo sind heute noch die Leitsterne der deutschen Außenpolitik: Verständigung mit dem Westen auf der Grundlage des deutschen Willens zur Erfüllung, Freundschaft mit dem Osten, um gemeinsam wirtschaftlich voranzukommen. Es ist dies die zeitgemäße Form der von Bismarck einst verfolgten Koalitionspolitik, ein System der wirtschaftlichen Rückversicherung nach beiden Seiten.

Man darf heute sagen, daß die letzten Jahre einen geradezu glänzenden Beweis für die Richtigkeit der Außenpolitik erbracht haben, die seinerzeit von Wirth und Rathenau vorgezeichnet worden ist. Deutschland ist gezwungen, in seiner Außenpolitik das Gleichgewicht zwischen dem Westen und Osten zu halten. Jeder Versuch, nach der einen oder anderen Richtung das Schwergewicht zu verschieben, ist während der letzten Jahre zum Schaden des Reiches ausgeschlagen. Unter der Regierung Cuno ist das Experiment gemacht worden, die Fäden nach dem Westen, die Poincarés Gewaltpolitik zerstört hatte, zerissen liegen zu lassen. Dieser Versuch hat keinen anderen Erfolg gehabt, als daß der nächste Kanzler, eben Dr. Stresemann, gezwungen war, seine Aufmerksamkeit nur dem Westen zuzuwenden. Auch die folgende Regierung Marx mußte in erster Linie ihre Aufmerksamkeit der Regelung der Verpflichtungen nach dem Westen, die durch das Dawes-Gutachten auf eine neue Grundlage gestellt waren, widmen. Die Regierung Luther aber ging einen starken Schritt weiter. Sie ließ zu, daß es den Anschein gewann, als könnte der Locarno-Vertrag eine Spitze gegen Rußland gewinnen. Zeitweise schienen die Beziehungen zwischen Moskau gänzlich zu ruhen. Die deutsche Regierung schien sich

## Die Beurteilung des Berliner Paktes

### Chamberlain „nicht eifersüchtig“

London, 27. April.

Auf einem Festessen der Vereinigten englisch-französischen Verbände nahm Chamberlain am Montag im Beisein des französischen Vorkaufmanns Gelegenheit zu Ausführungen über den deutsch-russischen Vertrag. Er betonte zunächst allgemein die Notwendigkeit englisch-französischer Zusammenarbeit und erklärte dann:

„Gerade jetzt sind wir alle etwas verstimmt und besorgt durch diplomatische Verhandlungen, die in anderen Teilen Europas vor sich gehen. Es ist kein Zweifel, daß neue Verträge unsere Wachsamkeit verlangen. Die Welt ist so eng geworden, daß wir nicht mehr sagen können, was hier oder dort geschieht, geht uns nichts an. Wir würden aber einen großen Fehler begehen, wenn wir diese Verhandlungen mit Eifersucht oder Argwohn betrachten. Für die britische Regierung kann ich nur sagen, während wir in unserem Heilen Gefühl durch gemeinsame englisch-französische Erinnerungen unsere Freundschaft hochhalten, sind wir nicht eifersüchtig gegenüber den Beziehungen anderer Staaten, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern.“

Wir setzen dabei immer voraus, daß die Verträge, über die verhandelt wird, ihrem Wesen nach eine friedliche und freundliche Regelung darstellen, die den Frieden zwischen den beteiligten Ländern sichern, und daß sie nicht dazu bestimmt sind, ein feindseliges Bündnis zum Zwecke des Angriffes gegen andere Nationen zu bilden. Wir setzen ferner voraus, daß diese neuen Verpflichtungen strikte vereinbar sind mit den Verpflichtungen, die diese Staaten haben oder, wie ich hoffe, in kurzer Zeit haben werden, gegenüber dem Völkerbund und seinen Satzungen. Unter diesen Voraussetzungen können wir nur mit Vergnügen auf solche Fortschritte in der gegenseitigen Verständigung blicken und mit der Hoffnung, daß andere Nationen ebenso wie wir, Frankreich und Großbritannien, danach trachten, alle Freundschaften warm und eng zu halten und auf der alten Freundschaft die Verbindung mit früheren Feinden aufzubauen.“

### Der Beifall der Berliner Presse

Berlin, 27. April.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Man wird erwarten dürfen, daß der Vertragsabschluss seinen Zweck erfüllt, eine Brücke friedfertiger Entwicklung und gemeinschaftlicher Zusammenarbeit zwischen dem Westen und dem Osten zu sein. Die „Germania“ sagt: Die Vereinbarungen brauchen das Tageslicht nicht zu scheuen, enthalten sie doch nichts, was als ein Vorstoß gegen die anderen Mächte gegenüber eingegangenen Verpflichtungen aufgefaßt werden könnte. Die „Post-Zeitung“ weist darauf hin, daß es sich wirklich nicht um ein Abkommen handle, das gegen Welt und Wortlaut des Vertrages von Locarno und des Völkerbundespaktes verstößt; im Gegenteil bedeute der Vertrag eine Erweiterung des internationalen Friedensvertrages, weil Rußland nicht zum Völkerbund gehöre. Das „Berl. Tagblatt“ nennt den Vertrag eine selbstverständliche Ergänzung der Locarno-Verträge. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nimmt an, daß durch diesen Vertrag die deutsche Position in der Welt nicht unwesentlich gestärkt worden ist. Die „Deutsche Zeitung“ bedauert, daß der Vertrag nicht einen Bruch mit der Locarno- und Völkerbundspolitik bedeute. Der „Vorwärts“ sagt: Die Sozialdemokratie hat den neuen Ver-

trag gebilligt unter der Voraussetzung, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfolgt und der Pakt von Locarno in Kraft tritt. Dann erst wird das richtige Gleichgewicht der Welt hergestellt sein und Deutschland wird seine friedliche Mission als Mittler zwischen Ost und West erfüllen können. Die „Deutsche Tageszeitung“ steht in dem Vertrag einen Schritt auf dem Wege, die deutsche Handlungsfreiheit wieder herzustellen. Die „Kreuzzeitung“ weist darauf hin, daß der Vertrag in keiner Weise eine neue Lage schafft oder rechtlich oder tatsächlich etwas an der Einstellung Deutschlands zu den Vorkaufmächten ändert. Sie begrüßt ihn aber, weil er das Bestreben zeige, sich wenigstens nicht von den Westmächten als Stürmbock gegen Rußland verwenden zu lassen.

### Geteilte Meinungen in Paris

Paris, 27. April. Der deutsch-russische Vertrag wird nur von einem Teil der Blätter eingehend besprochen, weil der Wortlaut des Vertrages erst spät abends in Paris bekannt wurde. „Petit Parisien“ schreibt: Es muß vor allem festgestellt werden, ob der Wortlaut des Vertrages und der in dem beiliegenden Schreiben ausgedrückten Idee nicht mit den Locarno-Verträgen und mit den Artikeln 16 und 17 des Völkerbundespaktes im Widerspruch ständen. Im „Echo de Paris“ sagt Bernier, daß Artikel 2 des Vertrages die Grundlage des Völkerbundes, den guten Glauben, verletze. „L'oeuvre“ ist der Ansicht, daß sich das Reich ebensowenig wie in Locarno für den Westen gegen den Osten in dem Vertrage mit Rußland für den Osten gegen den Westen ausgespreizt. Schon seine geographische Lage verbiete ihm eine derartige Haltung. Das Reich bleibe entschlossen, in den Völkerbund einzutreten.

### Die Zustimmung der Parlamente

Berlin, 27. April. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich gestern mit dem deutsch-russischen Verträge, über die der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann nach Bekanntgabe des Inhalts der Verträge ausführliche Darlegungen machte. Daran schloß sich eine längere Aussprache, an der sich Abgeordnete fast aller Fraktionen beteiligten. Sämtliche Fraktionen sprachen sich übereinstimmend für die Annahme des Vertrages aus. Da die Ratifikationsurkunden des Vertrages in Berlin ausgetauscht werden sollen, wird wohl der Vertrag in der nächsten unter dem Namen „Berliner Vertrag“ fortleben. Ob das Vertragsdokument, das gestern die einstimmige Zustimmung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages gefunden hat, dem Plenum des Reichstages zur Annahme vorgelegt werden wird, ist noch eine offene Frage. Wahrscheinlich würde das Reichsparlament eine Einheitsfront der Partei en zeigen, wie bisher noch bei keiner Regierungsvorlage. Auch in keinem der Berliner Blätter, von der Deutschen Tageszeitung bis zur roten Fahne, findet sich eine Ablehnung des Vertrages, wenn auch die deutschnationalen Zeitungen ihre Billigung mit der Einschränkung versehen, daß der Vertrag ein Festhalten an der von ihnen bekämpften Locarno- und Völkerbundspolitik bedeute.

Moskau, 27. April. Das Zentralerekutivkomitee der Sowjetunion nahm einstimmig nach dem Besichte Litwinows eine Resolution an, die die Außenpolitik der Regierung vollaus gutheißt. Nach zweiwöchiger Tagung wurde die Session geschlossen.

einer reinen Westorientierung verschrieben zu haben.

Es sollen nicht im einzelnen die Gründe untersucht werden, die zu dieser Entwicklung geführt hatten. Mag sein, daß man in deutschen Wirtschaftskreisen sich Geschäfte mit Rußland etwas leichter vorgestellt hatte. Sicher wirkten auch einzelne Verstimmungen, wie der Zwischenfall in der Berliner russischen Handelsbelegatur oder die Affäre der drei deutschen Studenten in Moskau mit. Das Entscheidende war jedenfalls die grundsätzliche Einstellung der Regierung, die auf einen möglichst raschen Eintritt in den Völkerbund zielte. — Es war nicht ohne Bedeutung, daß gerade Dr. Wirth, der Mann des Rapallo-Vertrages, die Regierung Luther vor einer „überhöhten“ Völkerbundpolitik warnen mußte. Als Luther und Stresemann nach Genua fuhren, gab Dr. Wirth in einem Gespräch der Ueberzeugung Ausdruck, daß man bei dieser Tagung nicht zum Ziel kommen werde. Er hat recht behalten.

Auch Stresemann und Luther aber haben offenbar auf dem Wege nach Genua erkannt, daß sie zu weit westlich gegangen waren. Der deutsch-russische Handelsvertrag, am Vorabend von Genua geschlo-

sen, war das erste Zeichen einer Wiederherstellung des westöstlichen Gleichgewichtes. Mit dem Berliner Vertrag ist der Rückweg nach Rapallo gefunden.

Das Echo, das dieser Vertrag bei den Westmächten hervorgerufen hat, beweist, daß auch die Fühlung mit Genua trotz oder gerade wegen des Berliner Vertrages nicht verloren zu gehen braucht. Ein Deutschland, das in lebendigem Freundschaftsverhältnis zu Rußland steht, hat in Genua eine stärkere Position, als wenn es zum Völkerbund erst käme, um sich Freunde zu suchen. Noch mehr: Dieser Vertrag läßt Deutschland geeignet erscheinen, das politische Bündnis zwischen der Entente-Liga und der Union der Sowjet-Republiken zu werden, um auch dieses große Staatsgebilde in den Kreis friedlicher Vereinbarungen, der von Genua ausgeht, in irgendeiner Form einzubeziehen. So bedeutet die Tatsache, daß der Außenminister Stresemann den Rückweg nach Rapallo gefunden hat, einen Schritt näher zu dem Ziele, das nur auf der von Wirth und Rathenau gewiesenen Linie erreicht werden kann: Der Frieden in Europa unter Sicherung der Lebensmöglichkeit für Deutschland. Dgk.